

Kriminaltango: Hypo und Groko

Wolfgang Hingst

Kriminaltango: Hypo und Groko

Das eine klingt so grässlich wie das andere. Deutschland und Österreich sind wieder einmal vereint: durch die politische Dampfwalzen rot-schwarzer, schwarz-roter Große Koalitionen und durch einen Ekel erregenden Skandal rund um die kärntnerisch-bayerische Bank Hypo Group Alpe Adria, kurz Hypo genannt. Schwarz wie Rot, Rot wie Schwarz üben sich im Verniedlichen und Vertuschen eines besonders unappetitlichen Auswuchses des versteckten Finanzweltkrieges, den eine blutige Minderheit gegen die Menschheit führt. Man könne die Auswirkungen dieses Finanzweltkriegs durchaus auch an den Bank-Kriminalfällen von der Hypo Alpe Adria, über die Bawag bis hin zur Immofinanz in Österreich ablesen, sagte kürzlich in einem Interview Wolfgang Hetzer, bis 2011 in leitender Position im Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) in Brüssel und Berater des OLAF-Generaldirektors für Fragen der Korruptionsbekämpfung. (1)

In Österreich begann der Wahnsinn um die Hypo in einer Zeit des ungebremsten Neokapitalismus unter der Kleinen Koalition zwischen dem schwarzen Bundeskanzler Schüssel (ÖVP), seinem blau/orange orientierten Vize Jörg Haider (zunächst Freiheitliche Partei Österreichs FPÖ, dann Bündnis Zukunft Österreich BZÖ, einer 2005 von ihm gegründeten Abspaltung) und seinem Finanzminister Grasser (zunächst FPÖ, dann ÖVP). Es war eine Zeit der undurchsichtigen Privatisierungen und Spekulationen, an denen sich einige wenige bereicherten, die nun den Steuerzahler die Zeche bezahlen lassen wollen. Und das in einem Land mit den dritthöchsten Steuern und Abgaben auf Arbeit in der OECD und der höchsten Inflation in der EU. Unerträglich!

Die Gesamtschadensumme, für die der Steuerzahler aufzukommen hätte, wird – abgesehen von den schon verlorenen 4,8 Milliarden Euro (siehe unten) – auf 10 bis 12 Milliarden Euro geschätzt (insgesamt hat die Hypo 17 Milliarden Euro Anleihen am Markt), eine ungeheuren Summe, die nun in den Sektoren Arbeit, Bildung, Soziales, Gesundheit und Pensionen abgezwickelt wird. Nach einem Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Oktober 2013 hat das Hypo-Debakel die Bayerischen Steuerzahler bis dahin 3,7 Milliarden Euro gekostet. Somit ist der gesamtwirtschaftliche Schaden in beiden Ländern gegenwärtig mit 18,5 bis 20,5 Milliarden Euro zu veranschlagen. Schamlos bereichern sich als Anleger getarnte Spekulanten, denen ein widerlicher Filz aus Wirtschaft und Politik die Mauer machte und macht. Charakteristisch, dass die ÖVP-Riege in der Groko, repräsentiert durch den Vizekanzler und Finanzminister Spindelegger, eine „Reichensteuer“ auf höhere Vermögen und Einkommen strikt ablehnt. Die Anleger – Banken, Pensionskassen, Versicherungen, Oligarchen, Milliardäre und anderen Großkapitalisten – sollen möglichst ungeschoren davonkommen.

Sonst aber ist man in der Groko ein Herz und eine Seele: Indem man die Leute für blöd verkauft, wird die Schuld am Debakel der Hypo einem Bundesland, Kärnten, und sogar einer Person, nämlich dem verstorbenen Landeshauptmann Jörg Haider, angehängt. Vor der eigenen Tür wird nicht gekehrt. Das Versagen der Kontrollorgane, der Nationalbank und der Finanzmarktaufsicht, wird penetrant heruntergespielt. Noch 2008 erhielt die Hypo von der Nationalbank das Gütesiegel „not distressed“ (nicht in Not). Die Hypo werde 2009 wieder Gewinne abwerfen.

Typisch auch, dass sich die Groko in Österreich gegen die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zunächst in Bausch und Bogen wehrte, bis eine unter anderen vom Kabarettisten Roland Düringer vehement unterstützte Wutbürgergemeinde und die Opposition einen Umdenkprozess erzwangen. Einer der emsigsten Akteure ist der grüne Finanzsprecher Werner Kogler, der bei der Kärntner Hypo ein „kriminelles Netzwerk“ ortet, „das von der Politik begünstigt wurde“. (2) Heraus kam nach zähem Ringen vorläufig eine „Hypo-

Untersuchungskommission“, die von der ehemaligen Höchstrichterin Irmgard Griss geleitet wird. Bei aller Honorigkeit kein Ersatz für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

In einem solchen Ausschuss könnte einiges bisher sorgsam Vertushtes zu Tage kommen, etwa welche Großanleger um welche Summen Anleihen mit Staatsgarantie gezeichnet haben: Berichtet wird von Anlegern in Deutschland, Italien und der Schweiz. Zu den deutschen Landesbanken, die über Hypo-Anleihen verfügten, gehöre unter anderen die Bayern LB (bis 2009 Eigentümerin der Hypo!), zu den österreichischen Banken die selbst marode Volksbanken AG. Auch Anleihen der Uniqa-Versicherung und der Erste Bank werden kolportiert. Ob andere Landeshypos beteiligt sind, ist bis heute fraglich. Sogar die Nationalbank versichert, die genaue Verteilung nicht zu kennen. Man habe ja in der EU freien Kapitalverkehr. (3)

Unfreiwillig erhellend waren die jüngsten Aussagen von Heinrich Schaller, Chef der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, der laut darüber nachdachte, wegen der Bankensteuer seine Zentrale ins Ausland zu verlegen. Dass die Hypo nur wegen Raiffeisen vor dem Konkurs gerettet worden wäre, wies Schaller zurück. Dazu seien die Hypo-Beteiligungen zu gering. (4) Insgesamt geht es nach einem Zeitungsbericht um 100 bis 120 Millionen Euro. Für Herrn Schaller offenbar ein Klacks.

Elf Personen im Hypo-Dunstkreis wurden (Stand April 2014) schon zu Gefängnisstrafen von insgesamt 41 Jahren und 11 Monaten verurteilt. Die Prozess-Dokumente hatten einen Umfang von 80.000 Aktenseiten. Beim vorläufig letzten Verfahren saß der Richter Christian Liebhauser-Karl elf Verteidigern und acht Privatgutachtern gegenüber. Liebhauser-Karl spricht von „hoher krimineller Energie mit System“ und „einer Art krimineller Vereinigung“. (5)

Viel zu wenig beachtet wurde bisher, dass die Hypo selbst ein ganzes Team zur Aufklärung der unglaublich verworrenen und vernetzten Vorgänge eingesetzt hat. Der Chefkriminalist des Teams, Christian Böhler, arbeitet seit drei Jahren an der Causa. Er und seine Leute haben bis Ende 2013 rund 1.100 Fälle analysiert und rund hundert Anzeigen mit einem Schadensvolumen von einer Milliarde Euro eingebracht. Auf die Frage, ob die Hypo eine kriminelle Organisation war, antwortete Böhler:

„Nicht die Hypo, aber ihre wesentlichen Player. Von ihnen war jeder geil darauf, zu partizipieren... Die Hypo ist nach dem Jugoslawien-Krieg (Anmerkung des Autors: 1999) vor allem in Südosteuropa rasant gewachsen. Dort hat sie oft mit Schwerstkriminellen, Geheimdienstlern, Militaristen, hochrangigen, bestechlichen Politikern kooperiert. Kleine Provinzbanker, die sich mit solchen Leuten ins Bett legen, müssen mit Problemen rechnen.“ (6)

Auch der verstorbene Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider hat sich „mit solchen Leuten ins Bett gelegt“. Ist es da völlig abwegig zu vermuten, dass er aus dem Weg geräumt wurde, weil er zu viel wusste? Mit Geheimdiensten und „Militaristen“ kooperierende „Schwerstkriminelle“, wie Böhler formuliert, verfügen immer über Mittel und Wege einen Autounfall vorzutäuschen und ihre Opfer entsprechend zu manipulieren. Der Tod Haiders durch überhöhte Geschwindigkeit des von ihm gesteuerten Automobils und einen hohen Alkoholisierungsgrad konnte nie ohne Restzweifel aufgeklärt werden. Es war bei Familienmitgliedern, Freunden und Beobachtern aller Couleur bekannt, dass Haider nie über den Durst trank...

Es sei, so Christian Böhler, über Strohmänner systematisch Geld aus der Bank gezogen worden: „Dieses Geld landete auf Offshore-Konten auf den Bermudas, British Virgin Islands, in Panama, Zypern, Liechtenstein. Namen kann ich keine nennen, aber etliche davon kennt die Öffentlichkeit. Die haben das System der Bank für ihre eigenen kriminellen Machenschaften missbraucht, und heute büßen Mitarbeiter und Steuerzahler dafür.“ Das Hauptwerkzeug der Betrüger sei die Lüge gewesen. Die Hypo Liechtenstein habe im System Hypo eine Schlüsselrolle gespielt. Böhler: „In Liechtenstein haben wir rund 1700 Namen und Konten gecheckt. Da kristallisieren sich rund 300 Konten heraus, die mit kriminellen Vortaten zusammenpassen – und da werden wir 30 bis 50 Sachverhalte anzeigen. Liechtenstein sei eine Waschmaschine für Schwarzgeld gewesen und eine Einrichtung, um Zahlungsflüsse zu verschleiern. Da seien Millionen in bar behoben und im nächsten Moment wieder auf andere Konten eingezahlt worden. Böhler: „So etwas tut kein

seriöser Mensch...“ Es sei zu einer Konspiration von Bankern, Stroh Männern, Beratern und Treuhändern gekommen. Bereichert hätten sich um die zwanzig Personen, „und zwar um mehrere hundert Millionen Euro“.

Alles gehorcht im Fall Hypo dem mafiosen Prinzip, möglichst einfach möglichst viel Geld zu scheffeln und die Geldflüsse zu verschleiern. Der Autor hat sich mit dem Organisierten Verbrechen und den „Offshor-Oasen“ unter anderem in einem Ende 2013 veröffentlichten Artikel auseinandergesetzt. (7) Die schier unglaubliche Dimension der in den Alibaba-Kellern des Großkapitals gebunkerten Gelder wird auf 21 bis 32 Billionen US-Dollar (eine Billion = 1000 Milliarden) geschätzt. 130.000 Personen und Institutionen stehen auf den bekannt gewordenen Listen der „Anleger“. Sie haben, um das Geld zu waschen, mehr als 500.000 Offshore-Gesellschaften gegründet, ein Geflecht von Scheinfirmen, um die Geldflüsse zu tarnen und nicht nachvollziehbar zu machen. Explizit wurden zunächst in den veröffentlichten Unterlagen die britischen Jungferninseln, die Cook-Inseln, Samoa, Hongkong, Singapur, die Cayman-Inseln, Mauritius, die Insel Labuan vor Malaysia und die Seychellen genannt. Der weltweite Wahnsinn ist aber noch viel schlimmer: Insgesamt existieren über 40 „Steueroasen“. (8)

Die Aufarbeitung des „größten Kriminalfalls Europas“ werde noch etwa drei Jahre dauern, so Christian Böhler. Er habe mit seinen 15 Mitarbeitern 6,5 Millionen elektronischer Dokumente zu sichten. In einem Interview mit Renate Grabner vom Standard fasste er den Stand der Dinge so zusammen: „Pfeif-mir-nichts-Kapitalismus plus Gier plus kriminelle Energie: Das war die Hypo.“ Ganz richtig bemerkte er zu den Kapitalverlusten: „Geld verschwindet nicht, es wechselt nur den Besitzer.“ Wer besitzt also nun die Unsummen, für die der Steuerzahler nun geradestehen soll? Zu diesem Fragenkomplex gehört auch das Staunen über die Tatsache, warum der Staat, dem die Hypo seit der Rückholung von der Bayern LB gehört (Notverstaatlichung 2009, nachdem die Bayern die Hypo 2006 gekauft hatten), die Hypo nicht einfach pleite gehen ließ. Warum ging das im ungleich größer dimensionierten Fall Lehman Brothers? Die fadenscheinigen Argumente, mit denen die Banken und Anleger „gerettet wurden“ nicht aber die Steuerzahler, sind endlich ohne weitere Verschleierungsversuche zu hinterfragen. Die Wahrheit gehört endlich auf den Tisch. Denn das Gegenteil unterhöhlt den letzten Rest von Demokratie.

Nun wird die Hypo also „abgewickelt“ – verkauft mit samt ihrem Schwall an faulen Krediten. Eine „fahrlässige, ja geradezu kriminell verschleppte Abwicklung“, wie Matthäus Kattinger in der Neuen Zürcher Zeitung schrieb. (9) Die geostrategische Komponente, hinter der die Ostexpansion der EU steht, ist nicht zu übersehen. Nach Kattinger war es das „Wachstum um jeden Preis in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien“, das die Hypo in die Bredouille brachte. Die EU goss noch Öl ins Feuer, indem sie forderte, dass das Netzwerk der Balkan-Tochterbanken der Hypo in Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro bis 2015 verkauft werden muss. Eine Hetzjagd, die Verluste garantiert.

Allein seit der Notverstaatlichung 2009 bis Ende 2013 wurden 4,8 Milliarden Euro Staatshilfe für die Hypo verpulvert. Und heuer wird für eine weitere Milliarde die Hand aufgehoben. Als Grund für die Verschleppung ortet Kattinger einen beispiellosen Filz: „Politiker, die sich um unangenehme Entscheidungen drücken, parteipolitische Abhängigkeiten in vielen Behörden und Institutionen sowie Kontrollgremien, die ihren Aufgaben nicht gewachsen sind bzw. diese nicht wahrnehmen wollen“. Eine wohlmeinende Interpretation. Man könnte auch der Auffassung sein, dass dieser Filz, der „unverschämt Parteien- und Klientelinteressen über die des Gesamtstaates stellt“, die ganze Misere heraufbeschworen hat.

Nach Kattinger hatte die Ausfallhaftung zum Zeitpunkt des Verkaufs an die Bayern LB im Jahre 2006 den exorbitanten Stand von fast 25 Milliarden Euro erreicht. Das führt zur dringenden Frage, warum die Bayern die Bank überhaupt kauften und noch mehr, warum sie dann 2009 vom Österreichischen Staat wieder zurückgekauft wurde. Um Anspruch auf Staatshilfe zu haben, muss eine Bank systemrelevant sein. Doch die Hypo, so Kattinger, war nie systemrelevant. Dennoch übernahm die Republik die Ausfallhaftung, wobei die Gouverneure der Notenbank Nowotny (seit 2008) und Liebscher (1998-2008) eine entscheidende Rolle spielten. Die Grünen im Lande fragen mit recht, ob die beiden eine Insolvenz der Hypo „nur deshalb so vehement

ablehnen, weil sie fürchten, dass ihr Versagen als Aufseher ans Licht kommen könnte“ (Kattinger).

Was wollen die verantwortungslosen Verantwortungsträger dem Volk noch alles aufbürden? Auf dem Höhepunkt des Finanzweltkriegs hat die EU – sprich die Steuerzahler der EU – die Banken mit der astronomischen Summe von 1,6 Billionen Euro vor der Pleite gerettet. Jetzt sollen sie einen Fonds dotieren, der viel zu gering dotiert ist, um bei einer Wiederholung der obskuren Vorgänge zu verhindern, dass die Steuerzahler abermals zur Kasse gebeten werden. Die Drahtzieher des Finanzkrieges spekulieren damit, dass die meisten Menschen weder die Ursachen des Spekulantenumwesens noch die ökonomischen Verflechtungen nicht durchschauen können.

Was will man noch schreiben oder sagen in einer Welt, in der nach einer Anfang 2014 publizierten Oxfam-Studie die 85 Reichsten genauso viel besitzen wie die Hälfte der Menschheit, also 3,6 Milliarden Menschen? In der Studie wird vor einem weltweiten Kollaps des gesellschaftlichen Zusammenhalts gewarnt wird. 110 Billionen Dollar, so eine andere unvorstellbare Zahl, besitzt eine Handvoll Reiche, während die meisten Menschen auf diesem schönsten aller Planeten im Elend verkommen. Kann diese abgrundtiefe Ungerechtigkeit nur durch eine globale Revolution beseitigt werden? Gescheiterweise wäre fürs erste die Methode „den Isländer machen“ von Wirtschaftswissenschafts-Nobelpreisträger Paul Krugman zu beachten und zu realisieren: „Lasst eure maroden Banken kaputtgehen. Entwertet eure Währungen, wenn ihr eine eigene habt. Führt Kontrollen ein. Zahlt möglichst keine ausländischen Schulden zurück.“ (10) Damit hat sich die Insel im Nordatlantik überraschend schnell vom Staatsbankrott erholt.

- (1) Daniela Rom, derStandard.at, 21.5.2013
- (2) Renate Kromp: Der Hypo-Express. News 14, Seite 26
- (3) Reinhard Göweil: Österreich erspart Großanlegern Hypo-Verluste. Wiener Zeitung, 11.2.14
- (4) „Das ist nicht das Ziel“. Wiener Zeitung, 17. 4. 2014HHHy
- (5) Ida Metzger: Hypo? „Eine hohe kriminelle Energie“. Interview mit dem Hypo-Richter Christian Liebhauser-Karl. Kurier, 13. 4. 2014
- (6) Renate Grabner: „Banker haben sich persönlich bereichert“. Interview mit Christian Böhler, dem Chef-Kriminalisten der Kärntner Hypo. Der Standard, 18. 10. 2013
- (7) Wolfgang Hingst: Der alte Streit aller gegen alle. Wiener Zeitung (Extra), 7./8.12.2013
- (8) Siehe „Der Spiegel“ 15/2013, Grafik auf Seite 20)
- (9) Matthäus Kattinger, NZZ, 15.2.2014
- (10) Der Spiegel, 6. 1. 2014, Seite 87

This entry was posted in [Essay](#) on [18. April 2014](#) by [Wolfgang Hingst](#). [Edit](#)
[Leave a reply](#)